

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengezeigte Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 245.

Dienstag, den 19. Oktober 1920.

27. Jahrg.

## Wucher und Wirtschaftspolizei.

Von Hermann Wäger.

Die „Wiederaufbau“-Regierung experimentiert am deutschen Wirtschaftskörper herum. Die Parole der Kapp-Regierung: „Aufhebung der Zwangswirtschaft“ hat sie restlos übernommen, ohne gleichzeitig die notwendigen Sicherungen gegen die mit der freien Wirtschaft untrennbar verbundene wucherische Ausbeutung der arbeitenden und minderbemittelten Bevölkerung vorzunehmen. Wenn sie auch eklatante Beweise für die Unfähigkeit zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft unmöglich liefern konnte, kann man ihr doch nimmermehr ein solches Maß von Dummheit zutrauen, daß sie sich nicht der Folgen ihrer Wirtschaftspolitik bewußt wäre. Es bleibt sonach nur die Annahme übrig, daß die Hintermänner der bürgerlich-kapitalistischen Regierung bewußt auf den Zusammenbruch hinarbeiten, um durch eine grenzenlose Steigerung von Not und Elend bei der minderbemittelten Bevölkerung eine Wera Bismarckscher Blut- und Eisenpolitik einzuleiten.

Die Folgen der freien Wirtschaft sind überall deutlich erkennbar. Der Arbeiter und Beamte findet überhaupt kein Geld mehr auf dem Tische, trotz des Preis- und Auftriebs von Vieh in den Großstädten. Die Schweine usw. wandern zu Wucherpreisen in die Konservefabriken. Die Rindern hängen voll Fleisch. Es sind nur nicht viele da, die 16 Mark bis 20 Mark für das Pfund bezahlen können. Der Wucher blüht auf allen Gebieten. Der Reichsfinanzminister aber will bei der Beratung der Besoldungsreform den Beamten den Hungerriemen enger schnallen, weil der Bankrott vor der Tür stünde. In Sachsen arbeitet man nur noch drei Tage in der Woche, weil genügende Arbeit nicht vorhanden ist. Das ist erst der Anfang. Der große Fleischregen wird bald verschwinden. Die Butter- und Milchproduktion durch die sinnlose Abschachtung des Viehes wird gefährdet. Unsere Mark wandert dann wieder für Ausland-Gefrier- und Büchsenfleisch in das Ausland und verschlechtert unsere Valuta. Die Kaufkraft des Geldes wird dadurch natürlich geringer. Den Kapitalisten und Schieber und Wucherer schert das natürlich nichts; er wird weiterhin aus dem Vollen leben können wie bisher. Die arbeitenden Stände aber, die Arbeiter und Beamten, werden der Verzweiflung immer mehr in die Arme getrieben, weil die Löhne und Gehälter nicht einmal für die aller notwendigsten Lebensbedürfnisse ausreichen. Wenn man boshaft sein wollte, könnte man ja die Wirkungen dieser Wirtschaftspolitik nur begrüßen, denn sie werden manchem die Augen öffnen, der am 6. Juni der „Partei des Wiederaufbaues“ seine Stimme gegeben hat.

Es kann uns aber als der Partei der Arbeit nicht darauf ankommen, diese Erkenntnis zu erkaufen durch den furchtbaren Preis vollständiger Verelendung der Volksmassen, denn eines Tages könnte es mit dieser Erkenntnis zu spät sein. Wir müssen daher der Entwicklung des Preiswuchers im Interesse der arbeitenden Bevölkerung unser ganzes Augenmerk widmen. Die Unhaltbarkeit der freien Wirtschaft und der ganzen bürgerlichen Wirtschaftspolitik wird auch so genügend dargetan, selbst wenn dem Wucher erfolgreich zu Leibe gegangen wird. Die Wirtschaftspolizei der Einzelstaaten — eine Reichs-Wirtschaftspolizei gibt es ja jetzt noch nicht — haben dem Wucher bisher ohnmächtig gegenübergestanden. Nicht, daß es ihnen an der rechtlichen Grundlage zum Einschreiten gefehlt hätte, aber sie waren in ihrer Ausübungsmöglichkeit auf so schwache Füße gestellt. In Preußen wird ja nun endlich mit der Desorganisation im Polizeiwesen gründlich ausgeräumt. Die Neuorganisation des Polizeiwesens ist eine Großtat, die nur den einen Fehler hat, daß sie nicht schon früher in Angriff genommen wurde. Es wird ein bleibendes Verdienst unseres Genossen Severing bleiben, hiermit den Anfang einer seit Jahrzehnten fälligen notwendigen Verwaltungsreform in Preußen gemacht zu haben. In Kürze wird auch die preußische Wirtschaftspolizei im Ministerium des Innern ihre Auferstehung feiern. Wenn auch die zentrale Bewirtschaftung der lebensnotwendigsten Güter von der „Wiederaufbau“-Regierung zum größten Teil beseitigt wurde, so folgt daraus noch nicht, daß sich das Tätigkeitsgebiet der Wirtschaftspolizei verringert hat. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat vielmehr zur Folge, daß die Aufgabe der Wirtschaftspolizei sich in Zukunft noch schwieriger gestaltet. Die zentrale Bewirtschaftung der hauptsächlichsten Lebensmittel bot eine gute Handhabe für die Wirtschaftspolizei, Schleichhandel, Schiebertum und Wucher zu bekämpfen. Die Wiedereinführung des freien Handels dagegen bietet der Preisprüfung beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten. Die neue Gestaltung der Wirtschaftspolizei muß daher auf breiterer Grundlage vor sich gehen. Die gesamte und nunmehr einheitliche Exekutive muß in den Dienst der Wucherbekämpfung gestellt werden. Hierzu bedarf es bei der Unkenntnis der meisten Exekutiv-Beamten in Fragen der Preisgestaltung und Preisprüfung intensiver Aufklärung und umfassendster Anweisung durch die Wirtschaftspolizei. Neben dieser steht den Preisprüfungsstellen die Aufgabe zu, sich beratend und begutachtend zu betätigen, sowie die Bevölkerung über die Preisentwicklung und deren Ursachen und über die allgemeine Wirtschaftslage aufzuklären. Die Wirtschaftspolizei wird mehr als bisher

von der Handelsunterjugung bei Unzuverlässigkeit im Handel mit lebensnotwendigen Gütern Gebrauch machen müssen. Auch hierbei müssen die Preisprüfungsstellen der Wirtschaftspolizei helfend zur Hand gehen. In diesem Zusammenhang halte ich es für angebracht, auf ein neues Buch der ersten Autorität auf dem Gebiete der Wirtschaftspolizei, dem Leiter des Landespolizeiamtes Dr. Karl Falk hinzuweisen. Falk hat in (Karl Heymanns Verlag) in seinem Buch: „Wirtschaftspolizei und Preisprüfungsstellen“ die Aufgaben der Wirtschaftspolizei für die nächste Zukunft scharf umrissen dargestellt. Das Buch ist für jeden, auch für den Nichtfachmann verständlich und muß von allen, die sich mit unseren Wirtschaftsfragen beschäftigen, gelesen werden.

Ständig steigt die Kurve der Lebensmittelpreise, sie aufzuhalten, abzusinken, ist das Gebot der Stunde. Die dafür zuständigen Organe, Preisprüfungsstellen, Polizeibehörden, Landeswucherämter, sie alle dienen dem gleichen Zwecke.

Die Aufgaben und Rechte der Preisprüfungsstellen, die Gründe ihres teilweisen Versagens — hervorgerufen durch Mangel an zielbewußten Anordnungen von oben, Mangel an Erfahrung, Mangel an Zwangsbefugnissen zum wirksamen Durchgreifen — die nötig gewordene Gründung der Landeswucherämter, ihr Ausbau zu der jetzigen Wirtschaftspolizei werden von dem Verfasser in anschaulichster Weise dargelegt. Ein großzügig erdachter, dabei praktisch sofort durchführbarer Organisationsplan schließt sich an. Er kann hier nur kurz angedeutet werden: Schärfere Teilung der Arbeitssphäre zwischen Preisprüfungsstellen und Wirtschaftspolizei und dabei doch engste Fühlungsnahe zwischen beiden ständig aufeinander angewiesenen Organen, planmäßige Ueberwachung der Zeitungsanzeigen, die Fragen der Preisänderung und Preisverzeichnisse, der Handelszulassung und Handelsunterjugung, sowie die Aufklärung und Mitherausziehung der organisierten Arbeiterschaft — dies sind die Hauptpunkte aus denen sich vielleicht ein neues Fundament für eine wirksamere Bekämpfung der jetzt ständigen Preissteigerungen aufbauen ließen.

Jeder krankt, jeder leidet an den Mängeln der jetzigen Organisation. Ein Mann der Praxis macht aus seiner reichen Erfahrung nicht nur aus dem Verstande heraus Vorschläge zur Besserung, und es kann nicht bezweifelt werden, daß auf den von dem Verfasser vorgezeichneten Wegen eine solche möglich ist. Aufgabe der maßgebenden Stellen wird es sein, nunmehr die nötigen Anweisungen zu geben, zum mindesten ist es die Pflicht der Regierung zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen. Muß man auch der Reichsregierung ganz allein der Verantwortung für unsere verfehlte Wirtschaftspolitik aufbürden, so entbindet dies doch die Einzelpersonen als Träger der Polizeiherrschaft nicht von der Verpflichtung, mit allen Mitteln die sich jetzt bereits zeigenden Folgen der „freien Wirtschaft“ zu paralysieren. Jeder gangbare Weg hierzu muß ernsthaft geprüft werden, denn die ausreichende Ernährung und Bekleidung des schaffenden Volkes und die Rohstoffversorgung ist einfach das Problem unserer Zeit. In Preußen bietet sich gerade in diesen Tagen, wo die Wirtschaftspolizei im Rahmen der Vereinfachung des Polizeiwesens auf breiterer und sicherer Grundlage aufgebaut wird, die beste Gelegenheit, alle vorhandenen Kräfte, die sich bisher auf wirtschaftspolizeiliches Gebiet betätigt haben, zusammenzufassen. Hierzu bietet die Schrift Falks die gegenwärtig einzig brauchbare Grundlage.

## Die Wahlen in Oesterreich.

Die bürgerliche Presse hat ihren Jubelruf verflücht angestimmt. Nach den telegraphischen Nachrichten mußte man annehmen, daß bei den Wahlen die Sozialdemokratie eine schwere Niederlage erlitten habe. Bei der niedrigen Kampfesweise der Christlich-Sozialen, die in Oesterreich durch ihre Schwimdelpraxis rühmlichst bekannt ist, wäre es ja vielleicht möglich gewesen, einmal im Vorübergehen einen Stoß zu erleiden. Denn der Sturm zur Sozialdemokratie nach der Revolution hatte auch in Oesterreich manchen in ihre Reihen geführt, die glaubten, dort auf einmal aus allem Elend erlöst zu werden. Die Sozialdemokratie steht aber auf so festem Untergrund, daß ihr ein paar tausend Abtrünnige, die sich niemals in die sozialistische Gedankenwelt vertieft hatten, keinen Abbruch tun können. Das zeigte auch die Wahl am Sonntag. Sie zeigen nach den vorläufigen Ergebnissen folgendes Bild:

Sozialdemokraten 63 (minus 6),  
Christlichsoziale 78 (plus 14),  
Großdeutsche und Bauernbündler 18 (minus 6),  
Bürgerliche Arbeitspartei 1(1).

Ein viel anderes Ergebnis konnte man nach dem oben Gesagten kaum erwarten. Wie in Deutschland bei den Juniwahlen hat auch in Oesterreich der bürgerliche Gedanke sich ein bar einen kleinen Sieg errungen. Es war bequem für die Christlichsozialen, mit der Praje hafteren zu gehen: sorgt dafür, daß die sozialistische Mißwirtschaft nicht wiederkehrt und Handel und Wandel wird unter der bürgerlichen Hegelie wieder aufblühen. Nun, man hat es ja in Deutschland gesehen, in wie hohem Grade aufbauend die Keten-Ketten-Befreier wirken. Den Himmel können auch sie nicht auf die Erde herabzudenken. Mit langen Gefächern und wachsender Unzufriedenheit erkennen die „Befreiten“, daß das Herz der Ententemänner gleich kalt bleibt, ob sie in Ber-

faillen mit einer sozialistischen oder in Spaan mit einer gut bürgerlichen Regierung zusammenhängen.

Leider sind die Verhältnisse in Oesterreich viel verwickelter als bei uns. Dort würde ein bürgerlicher Blod auch nach dem Wahlausfall sich nicht den Luxus einer rein bürgerlichen Regierung leisten können. Die Sozialdemokratie ist zwar an die zweite Stelle gerückt, aber nur, um den Christlichsozialen ein paar Sessel zu überlassen.

Man führt den Erfolg der Christlichsozialen ganz besonders auf die Frauen zurück. Die Kommunisten haben jammervoll abgeschnitten, in ganz Wien erhielten sie nur 14 100 Stimmen und im Wahlkreis Wiener-Neustadt, wo ihre Bewegung in einzelnen Orten besonders stark ist, haben sie nur etwa 2 Prozent der sozialdemokratischen Stimmen aufgebracht. Wien wählte 28 Sozialdemokraten (minus 4), 16 Christlichsoziale (plus 5), 3 Großdeutsche (plus 1), 1 bürgerlicher Arbeitspartei (Gernin), keinen Zionisten, keinen Tschechen und keinen Kommunisten.

Die Sozialdemokraten erhielten in Wien insgesamt 434 824 Stimmen gegen 513 145 im Vorjahre, die Christlichsozialen 281 946 gegen 210 548 im Vorjahre, die Großdeutschen 88 076 gegen 63 983. Etwa 86 Prozent machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch.

Weiter sind folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

Wahlkreis Sankt Pölten: 5 Christlichsoziale, 3 Sozialdemokraten, 1 Großdeutscher (im ganzen unverändert).

Wahlkreis Wiener-Neustadt: 7 Sozialdemokraten (Verlust 1), 4 Christlichsoziale (Gewinn 1), 1 Großdeutscher (wie bisher).

Wahlkreis Krems: 5 Christlichsoziale (Gewinn 2), 2 Sozialdemokraten (wie bisher), 1 Großdeutscher (Verlust 2).

Wahlkreis Korneuburg: 1 Sozialdemokrat (Verlust 1), 6 Christlichsoziale (Gewinn 1), 1 Großdeutscher (wie bisher).

Oberösterreich: 14 Christlichsoziale (Gewinn 3), 5 Sozialdemokraten (Gewinn 1), 3 Großdeutsche (Verlust 3).

Salzburg: 3 Christlichsoziale, 2 Sozialdemokraten, 2 Großdeutsche. (Unverändert.)

Tirol (Teilergebnis): 6 Christlichsoziale, 2 Sozialdemokraten, 1 Großdeutscher.

Borarlberg: 3 Christlichsoziale, 1 Sozialdemokrat. (Unverändert).

Steiermark steht noch aus.

Die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen bei der vorletzten Wahl betrug rund 3 Millionen, von denen rund 1,2 Millionen auf die Sozialdemokraten, 1,1 Millionen auf die Christlichsozialen und 0,6 Millionen auf die deutsch-national-demokratischen Parteien entfielen. Die sozialdemokratische Partei erhielt insgesamt 40,76 Prozent aller Stimmen. Ihre Stimmenzahl war besonders bedeutend in Wien, wo sie über eine halbe Million oder 55,43 Prozent aller gültigen Stimmen betrug. Von den 170 Abgeordneten der Nationalversammlung waren 72 Sozialdemokraten, 69 Christlichsoziale, 26 Großdeutsche; auf die bürgerlich-demokratische, die jüdisch-nationale und die tschechoslowakische Liste fiel je ein Mandat. An weiblichen Mitgliedern zählte die Nationalversammlung acht, von denen sieben der sozialdemokratischen, eines der christlichsozialen Partei angehörten.

## Die politischen Verhältnisse Oesterreichs nach den Wahlen.

Zu den Ergebnissen der Wahlen zur Nationalversammlung schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“, daß von einem weiteren Zusammenarbeiten der Sozialisten mit den Christlichsozialen keine Rede sein könne, und daß der Weg zur Fortsetzung des Klassenkampfes wieder frei sei. Bei den heutigen Parteiverhältnissen dürfte der Präsident der Republik keiner der großen Parteien entnommen, sondern eine außenstehende Persönlichkeit hierfür herangezogen werden. Man spricht von dem ehemaligen Justizminister Dr. Franz Klein und von dem österreichischen Ministerpräsidenten Wladimir Beck. Staatskanzler wird ein Christlichsozialer werden, entweder Weiskirchner oder der Unterhändler von St. Germain, Dr. Günther. Den Posten des Präsidenten der Nationalversammlung beanspruchen die Christlichsozialen ebenfalls für sich.

## Aus dem Herenkessel der U. S. P.

Nachdem die U. S. P. in Halle in die Brüche gegangen ist, haben wir uns mit ihren Häften zu beschäftigen. Dabei kann man die rechten USP-Leute nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich als die Halben bezeichnen, weil alles, was sie denken und tun halb ist, halb kommunistisch halb Sozialismus. Ganz sind nur die demagogischen Phrasen, unter denen sie ihre Halbheiten verhehlen.

Die neu konstituierte rechte U. S. P. erließ, wie kurz berichtet, ein „Manifest an das deutsche Proletariat“, das als programmatische Rundgebung zu werten ist. In der Einleitung wird abwechselnd auf die Sozialdemokratie und auf die Kommunisten geschimpft, wobei die Sozialdemokratie mit dem Vorwurf bedacht wird, daß sie die Politik der U. S. P. bisher vereitelt habe.

Un späterer Stelle kommen die Forderungen, die von der neuen U. S. P. als die dringendsten und wichtigsten an die Gegenwart gestellt werden. Diese Forderungen sind: Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung in den entscheidenden Wirtschaftszweigen, insbesondere die sofortige Sozialisierung im Bergbau. Ferner die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte zur Erringung der Produktionskontrolle. Drittens Bekämpfung



An Stelle des auf seinen Antrag aus seinem Amte als Fischereinspektor entlassenen Lotsenkommandeurs a. D. Lindenberg hat das Polizeiamt den Seefahrtschullehrer Strang zum Lübeckischen Fischereinspektor bestellt.

Lübeck, den 15. Oktober 1920. (8275)  
Das Polizeiamt.

### Personenstandsaufnahme.

Zur Feststellung der Steuerpflichtigen findet am 1. November eine Personenstandsaufnahme statt. Nach § 167 der Reichsabgabenordnung vom 18. Dezember 1919 ist hierbei die Mitwirkung der Hausbesitzer und Haushaltungsvorstände in Anspruch zu nehmen. Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, an sämtliche ihr Grundstück bewohnenden Haushaltungsvorstände Wohnungslisten zu verteilen, die von diesen ausgefüllten Listen wieder einzusammeln und spätestens bis zum 8. November d. J. in der Stadtgemeinde Lübeck an das Statistische Amt, Braunnstraße 2/4 oder die Polizeiwachen bzw. Stationen, und im Landgebiet an die Gemeindevorstände zurückzuliefern.

Lübeck, den 18. Oktober 1920. (8288)  
Das Statistische Amt.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke zu unserer Vermählung danken herzlich  
(8280)  
Friedr. Bentzen und Frau.

Infolge Schlaganfalls verschied am Sonnabend unser lieb. Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater, der Chauffeur a. D.  
**Joachim Bollow**  
im 83. Lebensjahre.  
Tief betrauert und schmerzlich vermisst v. den Hinterbliebenen.  
Seereg. 19. Oktbr. 1920.  
Dorffstr. 17.  
Trauerfeier: Freitag, d. 22. Oktober, nachmittags 2 Uhr, Kapelle Bornwerk. (8317)

Gestern morgen 7 Uhr entfiel plötzlich nach langem in Gebuld ertragenen Leiden mein lieber Mann, unser lieber Vater u. Großvater  
**Carl Behrens**  
im 50. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer  
**Caroline Behrens**  
geb. Beth.  
Richard Beth u. Frau u. die Enkelkinder, und Verwandte.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachm. 2 1/2 Uhr von der Bornwerker Friedhof - Kapelle statt. (8304)

Am Montag Herb unser Genosse (8312)  
**Carl Behrens.**  
Ehre seinem Andenken.  
Beerdigung Freitag den 22. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Bornwerker Friedhof.  
Der Vorstand.

Gesucht zu sofort eine tüchtige, saubere  
**Reinmachefrau**  
täglich 3-4 Stunden.  
H. & W. Kruse,  
alter Bahnhof. (8281)

Jünger, Morgenmädchen oder saubere Witwe gesucht.  
(8292) Berendstr. 22 I.  
Alleinsteh. Witw., 44 J., sucht Stellung als Haushalt. z. l. Hrn. Lübeck od. Nähn. bevorz. Ang. u. K. M. S. a. d. Exp. (8287)

Jünger Mann sucht möbl. Zimmer. Angebote unter  
B 6 an die Exp. (8300)  
Gej. 1 Louis oder einf. möbl. Zim. i. d. Nähe d. Seebadplatz.  
Ang. u. L. M. W. a. d. Exp. (8286)

Feldbettstelle u. Stühle z. verl. Budestr. 49. (8283)  
B. verl. 2. St. Bett u. Stuhl. Dr. R. Zimmerstr. 13 I. (8305)  
Neue Pianoharmonika z. verl. Partengrube 41 II. r. (8306)

Zu verl. ein Hund, hüft. Züchtenbagen 12. I. 2 w. Raschel-Oesen, 1 Bism. 1 Apfelsbaum zu verkaufen.  
(8290) Biegelstr. 19 c.  
Neue Silber, Schattenschilder u. St. Biegelstr. 25 II. (8315)  
1 Kommodenbenutzung hüft. z. verl. Budestr. 18 II. (8289)

## Neu-Eröffnung.

Bei jeglichem Einkauf von:  
**Zigarren ♦ Tabaken ♦ Pfeifen ♦ Spitzen**  
gebe an den ersten  
**3 Eröffnungstagen**  
trotz der billigen Preise  
**5 % Rabatt.** (8324)

## A. Dreessen

Fabrik. d. Fa. J. u. H. Birgelen, Viersen, Düsseldorf, Hamburg.  
**Lübeck, Holstenstr. 6.**

1 mah. Gefchrank, 1 Gefchrank, 1 mah. z. verl. z. befch. n. 5 Uhr. (8291) Johannisstr. 48 I.  
Billig zu verl. ein Petroleumföcher und Küchlampe. (8318) Rottwischstraße 24 I.

Prima Ferkel und Züchtgänger billig zu verkaufen.  
F. Vagt.  
(8314) Schwart. Allee 127 a.  
Bortemonnaie gef. Abz. u. Behrens, Glandorffstr. 8, III 8298  
Feine Wäsche wird sauber gewaschen und gebleicht. (8309) Vorbeckstr. 8a.

## Anzeigen

für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen  
Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“  
Johannisstraße 45.

Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“  
Johannisstraße 45.

Visitenkarten fertigt an  
**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

## Fußballspieler

taufen **Jerseys** in allen Farben  
**Fußballstiefel**  
**Bälle** **Stutzen**  
**Stutzenringe**  
nur gut und preiswert.

## Sporthaus Paul Gassmann

Mühlenstr. 34. (8322)  
Bestellen Sie Sportkatalog! Gratis!

## Kartoffeln.

Heute und folgende Tage größere Zufuhren von prima Industrie und Magnum bonum, sowie eine größere Partie Hp to date und Wolfram, Zentner 39 Mark ab Lager. (8284)  
**Wilhelm Süfke,**  
Schwarzwasser Allee 46 a. Telefon 8822.

## Sil

macht die Wäsche frisch u. duftig.  
Bestes  
**Wasch- und Bleichmittel**  
Reinigt und bleicht ohne Reiben, nur durch einmaliges 1/4 stündiges Kochen. Ein Paket kostet nur Mk. 2.- und reicht für 60-70 Ltr. Länge.  
Heberall käuflich.  
**Henkel & Cie., Düsseldorf.**  
Fabrikanten v. Henkel's Reich-Soda

Großer Posten gebrauchter Bauhölzer und Decken-Handschalung und eine junge Milchziege zu verl.  
**H. Schweimer,**  
(8319) Rabensbusch Nr. 75.

Wollen Sie viel Geld sparen? Dann kaufen Sie Ihre Möbel ab Lager Konkurrenzlose Preise  
Königs- und Verania-Modelle und Verabteilung. (8282)  
Möbeltag. Depenau 8

**Pferdefutter,**  
Stroh, Stroh sowie  
**Süßnerfütter.**  
**Schweinemastfütter.**  
in prima Qualitäten empfohlen preiswert  
**Lüder & Schultz**  
Balauerstraße 31. (8289)

## Orchester des Vereins der Musikfreunde

Dienstag, den 19. Oktober, 7 1/2 Uhr:  
**Volkstümliches Konzert**  
im Gewerkschaftshaus.  
Leitung: Kapellmeister Mannstaedt.  
Solist: Konzertmeister Millies. (8297)  
Vorverkauf: Konsumverein und Gewerkschaftshaus.

## Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend  
Anfang 6 Uhr  
Heinrich Ohde. (8276)

## Konzerthaus Lübeck

Jeden (8285) Mittwoch Anf. 6 1/2 Uhr. Sonntag Anf. 4 1/2 Uhr.  
**Großer Ballabend**

Sonnabend, 23. Okt.:  
**Luisenlust. Erster großer Familienball.**  
Anfang 7 Uhr. (8294)  
Abonnenten können sich noch in die Liste eintragen lassen. Gäste herzlich willkommen. A. Maka.

Jeden Mittwoch und Sonnabend:  
**Weißer Engel Gr. Ballmusik**  
Endstation der Straßen- (8316) bahn-Linie 1.  
Sonnabend: Großer Ball.

## Geben Sie acht auf Ihr Fußzeug!

Schonende Behandlung bei der Reparatur, solide, saubere Handarbeit, gutes Material, gibt Ihren Stiefeln lange Lebensdauer.  
Die moderne Schuhreparatur erfüllt Ihre Wünsche schnell, gut und preiswert. (8320)  
**Marienstr. 5, Ecke Schwartauer Allee, Langer Lohberg 63, Ecke Glockengießerstr.**

## Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit erlaube ich mir, dem geehrten Publikum bekannt zu geben, daß ich am heutigen Tage im Hause  
**Hartengrube 38**  
eine **Schlachterei und Wurstmacherei** eröffnet habe. Ich sichere prompte und gewissenhafte Bedienung zu und bitte freundlich, mein junges Unternehmen zu unterstützen. (8311)  
Um Eintragung in die Kundenliste bittet  
**Hermann Reimann, Schlachter,**  
Hartengrube 38.



Ist auch die Zukunft gar nicht klar, Erdal ist wieder wie es war.  
**Schuhputz Erdal**  
Schwarz / gelb / braun / rotbraun  
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

1 Wagon Apfel, Goldparmänen, Meinet., Bosto. Verkauf morgen und übermorgen von 8 1/2 Uhr an der Drehbrücke. (8307)

## Tafel-Äpfel

Rest aus dem Wagon Drehbrücke kommt ab Mittwoch zum Verkauf  
**Hohenzollernstr. 3**  
8308) I. Stage.

Marmelade, Wfd. 2.- M. Äpfel, 1.50, 10 % 14.- M. Salzkruten, Std. 30 u. 60. Salzkruten, Pfund 60. Salzheringe, Std. 1.40, 10 Std. 13.- M. 1/2 % Kartoffelsuppe 52. 5 Suppenwürfel 65. **Eduard Speck,** Süßstr. 80 n. 82. (8321)

Das Betriebsrätegesetz v. Paul Umbreit 2,50 Mk.  
Kunst der freien Rede von Fritz Müller 2,00 Mk.  
Wintermärchen von Helne. 45 Pfg.  
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstr. 46.

**Prima-Wechsel** in Block.  
Zu beziehen  
**Fr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46. tr.

Deutscher **Transportarb.-Verb.** Ortsverwaltung Lübeck.  
**Versammlung** der **Kohlenplatarbeiter, Antifer- und Eisenarbeiter**  
am Mittwoch, d. 20. Okt., abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
Innere Verbandsangelegenheiten. 8310  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung!** Deutscher **Bauarbeiter-Verbd.** Zahlstelle Lübeck. (8308)  
**Mitglieder-Versammlung** am Mittwoch, d. 20. Okt., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
1. Bericht vom Betriebsrätelehrgang.  
2. Abrechnung v. 8. Quart.  
3. Bericht vom Ortsauschuß.  
4. Innere Verbandsangelegenheiten.  
Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig.  
Der Vorstand.

**Hansa-Theater**  
Heute 7 1/2 Uhr: (8279) (7. B. D. Wolle-Ab. - 4. B. Halb-Ab. Serie I) In gänzl. Neuenstudierg. Die Czardasfürstin.  
Mittw. 7 1/2 Uhr: (1. Abonn.) Auf vielseitigen Wunsch! Menagerie. 8. Grotesken v. Coeg.  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin.  
**Stadttheater Lübeck.**  
Dienstag, 8. B. u. 5. B. i. G. Ab. Rote Wend. 7 Uhr. Mittwoch 8. B. C und 6. B. im Op. Ab. Zum 1. Male: Lobetanz. 7 Uhr. Donnerstag, 8. B. u. 5. B. i. G. Ab. Tischland. Oper. 7 U. Gewerkschaftshaus: Seimat. 7 1/2 Uhr. Freitag, 8. B. C u. 6. B. i. G. Ab. Lobetanz. 7 U. (8301)

**Gledermanns**  
7 1/2 Uhr (8298)



## Sozialdemokratischer Parteitag zu Kassel.

(6. Verhandlungstag. — Schlussbericht.)

WB. Kassel, den 16. Oktober.

Zu Beginn der Sonnabend-Sitzung wurde das Ergebnis der Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission bekanntgegeben. Bei der

### Wahl zum Parteivorstand

wurden 330 Stimmen abgegeben. Es erhielten Hermann Müller 327, Otto Wels 209, Friedrich Bartels 330, Otto Heinrich 325, Wilhelm Pfannkuch und Hermann Mollenhuth je 328, Frau Marie Kuchacz 312, Dr. Adolf Braun 316, Franz Krüger 262 und Johann Stelling 318 Stimmen. — Als Beisitzer wurden gewählt Richard Fischer mit 329, Otto Brand mit 326, Karl Hilbrandt mit 327, Adolf Ritter mit 326, Elfride Kohn mit 321 und Heinrich Schulz mit 312 Stimmen. — In die Kontrollkommission werden gewählt Brühne mit 303, Wöhe mit 228, Frey mit 280, Sengsbach mit 375, Winkau mit 281, Theodor Fischer mit 248, Helene Grünberg, Müller und Girschfelder mit je 212 Stimmen. Außerdem erhielten Frau Wollmann 131, Strobel 140, Körner 127 und Suw 123 Stimmen.

**Vors. Hermann Müller:** Nicht wiedergewählt in den Vorstand ist Otto Braun und zwar auf eigenen Wunsch. Parteivorstand und Parteiausschuss haben sich mit der Frage des Vertretens von Genossen im Parteivorstand beschäftigt, die in Ministerstellen berufen worden sind. In Weimar haben wir diese Genossen trotzdem wieder in den Parteivorstand gewählt. Auf Grund praktischer Erfahrungen aber schlägt Parteivorstand und Regierungskomitee selbst dem Parteitag vor, diesen Uns nicht mehr einzulassen. Der Parteivorstand muß gegenüber der Reichsregierung und der Preussischen Regierung völlig freie Hand haben, zumal wir es im Reich und in Preußen in der nächsten Zeit mit Koalitionsregierungen zu tun haben werden. Braun muß in der Preussischen Regierung bleiben, solange es geht, denn es gilt, die Demokratisierung Preußens durchzuführen. Sollte aber ein früheres Mitglied des Parteivorstandes aus der Regierung wieder ausgeschlossen, so ist Vorsorge getroffen, daß dieser Genosse nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses seine Tätigkeit im Parteivorstand wieder aufnehmen kann.

**Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden. Brulat-Berlin** berichtet über die

### Arbeiten der Beschwerdekommision

Sie hatte sich zu beschäftigen mit der Beschwerde des Genossen Hohentrath-Wachen, der ohne dazu ermächtigt zu sein, den Kommandanten der französischen Besatzungstruppen weitgehende Erklärungen abgegeben hat über einen Anschlag des eventuell selbständig gewordenen Rheinlandes an Frankreich. (Hört, hört!) Hohentrath hat dabei erklärt, daß er das Ziel einer selbständigen Rheinischen Republik mit allen Mitteln bekämpfen wolle. Er hat aber im Anschlag daran betont, daß, wenn Deutschland durch Reaktionäre oder Monarchisten zerfallen werden sollte, für das Rheinland der Anschluß an Frankreich das kleinere Übel wäre. (Hört, hört!) Er hat daher den Kommandanten im Namen der sozialdemokratischen Partei gebeten, das Hauptquartier der Alliierten dahin zu unterrichten, daß für diesen Fall die ganze linke Rheinlinie in Frankreich aufgenommen werden möchte. (Hört, hört!) Die Genossen des Kreises Wachen haben Hohentrath zu solchen Erklärungen kein Mandat gegeben und haben nur, weil es sich bei ihm um einen alten verdienten Parteigenossen handelt, eine scharfe Rippe für ausreichend gehalten. (Zuruf: Genügt nicht!) Hohentrath, der dieses Urteil als hart empfindet, beschwert sich deshalb beim Parteitag. Wir sind aber einstimmig zum Beschluß gekommen, diese Beschwerde zurückzuweisen. — Der Parteitag erklärt sich ohne Aussprache damit einverstanden.

### Debatte über die Wohnungsfrage

eingetreten. — **Feilisch-Chemnitz** wünscht ein Arbeitsprogramm für die aller nächste Zeit. — **Silberstein-Berlin:** Die nächste Baukonjunktur darf keinesfalls veräußert werden; deshalb muß das Reich weitere Mittel zur Verfügung stellen. Die Sozialisierung des Baustoffgewerbes und der Bauindustrie wird den Eifer der Bauarbeiter bedeutend fördern. Der Parteivorstand und die Fraktion sind mit politischen Aufgaben überlastet. Wir sollten lieber eine besondere Kommission schaffen aus Vertretern der Reichstagsfraktion, des allgemeinen deutschen Gewerkschafts-

bundes und anderen Sachverständigen, die die Gegebenheiten ausarbeiten und die Agitation fördern.

**Demmer-Wiesbaden** berichtet von den trostlosen Wohnungsverhältnissen im besetzten Gebiet: Jede freie Wohnung muß zunächst den französischen Besatzern gemeldet werden, ob sie nicht Anspruch darauf erheben. (Hört, hört!) 10 Prozent des Hausbesitzes im besetzten Gebiet sind schon in französische und englische Hände übergegangen. (Hört, hört!) Wir dürfen die Wohnungsfrage nicht abblenden, sondern müssen sie so umgestalten, daß die Bauingenossenschaft daraus Gelder erhalten.

**Frau Sch. an-Stettin** fordert, daß die großen Wohnungen räumlich geteilt werden und daß die leeren Schlösser und Kasernen als Erholungsheime für Arbeiterkinder eingerichtet werden.

**Dr. Grain-Neunkirchen:** Auch in der Bergarbeiterkolonie an der Saar ist der Wohnungsmangel geradezu ungeheuerlich. Scharfe Zwangsquartierungen werden dem Bürgertum den Hohn über die Wohnungsnot abgewöhnen.

Nach Annahme eines Schlußantrages empfiehlt Paul Hirsch im Schlußwort, den Antrag Silberstein, der vom Parteitag einzuberufenden Kommission zur sofortigen Erhebung zu überweisen. — Gemäß dem Antrag Silberstein wird die Einleitung einer Sonderkommission beschlossen, die sofort Anträge an die Besatzungsbehörden ausarbeiten soll.

Es folgt die Erledigung verschiedener Anträge: Ein Antrag auf energische Förderung des Genossenschaftswesens wird einstimmig angenommen. Anträge auf Neubekämpfung des Schnapsbrotts und die Resolution gegen den Alkoholismus werden den Parteigenossen zur Berücksichtigung empfohlen. Die Anträge auf Einführung einer Wertsprache gehen an den Parteivorstand. Eine Resolution, die den Ausgeperrten des Zeitungs-gewerbes die Sympathie ausdrückt, wird, obwohl sachlich unrichtig, angenommen, da sie im allgemeinen erklärt, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage Wähler vom Lohn nicht gestatte.

Es folgt die Wahl des Ortes des nächsten Parteitages. Vorgeschlagen sind: Altona, Kiel, Düsseldorf und Mannheim. Die Wahl bleibt dem Parteivorstand und dem Parteiausschuss überlassen. — Die Kontrollkommission hat zu ihrem Vorsitzenden Brühne-Frankfurt a. M. gewählt. — Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt.

### Vors. Hermann Müller hält die Schlufrede:

Er dankt den Kasseler Genossen für die Aufnahme und fährt dann fort: Unser Parteitag hat sachliche Arbeit geleistet. Wir wollen es an Sensation mit Halle nicht aufnehmen. In Halle haben sich der rechte und linke Flügel gegenseitig beschimpft; wir aber befinden uns in aufsteigender Entwicklung. Das neue Mitteilungsblatt der Linken in der U. S. B. bezeichnet die „Freiheit“ als „neue Giftspeise“. Damit hat sie zugegeben, daß sie selbst die alte Giftspeise ist. (Sehr richtig!) Frau Zieh hat in Halle ungehörtliche Angriffe gegen uns gerichtet. Wir sollen am 13. Januar von den Fenstern des Reichstages aus dem durch uns veranlaßten Blutbade ruhig zusehen haben. Das ist einfach gelogen. (Hört, hört!) Frau Zieh hat weiter behauptet, die Unabhängigen hätten beim Kampfbuch zuerst die Generalstreikparole ausgegeben. (Wachen.) Auch das ist eine Geschichtsfälschung. Die Unabhängigen haben den Kampfbuch genau so veröffentlicht wie den 9. November 1918. (Sehr richtig!) Hoffte die „Kleine Schärerin von Halle“ (große Heiterkeit) durch ihre Lügen beim Auseinanderbersten der U. S. B. die Arbeiter bei ihrer Fahne zu halten? Sie wird sich täuschen. Die Arbeiter werden zu uns kommen, weil sie wissen, daß unsere Partei für sie arbeitet. (Sehr wahr!) Die Partei wird wahrscheinlich gegen ihren Willen und durch die Verhältnisse gezwungen werden, an einer Koalitionsregierung teilzunehmen. Niemand von uns hat Schmach danach. Nur zwingende Gründe können uns dazu veranlassen. Trotz des Versailles Friedens dürfen wir uns nicht zum Kapitalismus treiben lassen. Wir sind dazu da, die Dinge zu ändern. Unser Volk ist verloren, wenn wir es nicht meistern können. (Lebhafter Beifall.) Der Revolutionsprozeß ist noch lange nicht abgeschlossen. Täglich können in der Umwälzung des europäischen Wirtschaftslebens neue Tatsachen eintreten; da kann man nicht alles auf Richtlinien abstellen. (Sehr wahr!) Es können sich auch Dinge ereignen, die den Weg bis zu unserem Ziel abkürzen helfen. Hauptsache ist, daß wir nie das Ziel aus den Augen verlieren. (Bravo!) Wenn die Verhältnisse so stark werden, daß sie alle Wege außer uns führen, dann wird der wissenschaftliche Sozialismus als Kompaß uns vorwärts führen zum Ziele. (Lebhafter Beifall.) Endformen und Endziel sind keine Gegenläufe. Die Kernreform der nächsten Zeit ist die Sozialisierung. Sozialisierung, Kohlenverteilung, Eisen- und Stahlerzeugung sind für die Volksozialisierung zeitig. Mit Zwischenformen lassen wir uns da nicht abfeiern. (Zustimmung.) Hieron hängt Deutschlands Leben und die Wiedergutmachung für Europa ab. Auch in der Landwirtschaft muß es mit der Sozialisierung vorwärts gehen. Wir müssen die Stützen der Reaktion auf dem Lande brechen und bei den kommenden Wahlen in Sachsen und Preußen gute Erfolge erzielen. (Bravo!) Nach den Erfahrungen mit der rein bürgerlichen Regierung vertraue ich fest auf neue Siege. (Stürmischer Beifall.) Für eine preussische Reaktion ist im neuen Deutschland kein Platz. Wir haben uns einstimmig für die unteilbare deutsche Einheitsrepublik ausgesprochen. (Lebhafter Beifall.) Bei den Bestimmungen in Schleswig, in Ost- und Westpreußen hat die junge Republik ihre wesentliche Kraft gezeigt. Die Abstimmung in Oberschlesien wird hoffentlich mit dem gleichen Erfolge für Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse enden. (Stürmischer Beifall.) Ich danke auch den Räte-nerdeutschen (Stürmischer Beifall und Händeklatschen) und hoffe, daß der Völkervertrag das Selbstbestimmungsrecht unserer deutschen Brüder in Oesterreich und der deutschen Selbstmord hindert, und daß diese sich bald mit der deutschen Republik vereinen können. (Erneuter Beifall und Händeklatschen.) Daß wir diese Republik zu schützen bereit sind, haben wir an der Ideen des März gezeigt. (Beifall.) Leider sieht man die Zeichen der Republik noch viel zu wenig, umso mehr aber Kaiserbilder und Kaiserbüsten. Solange so offen und so zahlreich monarchistische Sammelansammlungen, wird unsere Arbeit auf Revision des Versailles Friedens gehemmt. (Lebhafte Zustimmung.) Die deutsche Republik hat bisher weder eine republikanische Nationalhymne, noch einen Nationalfeiertag. Unter 1. Mai soll einmal gesetzliches Feiertag werden, aber nicht von Gnaden der bürgerlichen Koalitionsregierung und der deutschen Volkspartei. (Sehr gut!) Am kommenden 1. Mai muß das Proletariat auch auf dem Lande der Reaktion zeigen, daß wir uns durch ihren „Selbstschutz nicht bange machen lassen“. (Sehr wahr.) Die Junger sollen wissen, daß sie mit dem Feuer spielen, wenn sie einen neuen Putz versuchen. (Zustimmung.)

Wer diese Republik mit Gewalt beseitigen will, der ist vogelfrei.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Unsere Partei wird weiter den Beweis liefern, daß sie unverwundlich ist. Jetzt ist uns die zweite Internationale dankbar dafür, daß wir auf dem Boden der Demokratie unsere sozialistische Partei so stark erhalten haben und sie in geschlossener Stärke mit den Bruderparteien des Auslandes wieder vereinigen. Jetzt wollen wir ewig zusammenstehen für die Sicherung der Weltfriedens und den Wiederaufbau der Menschheitskultur. (Stürmischer Beifall.)

Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie, in das die Delegierten lebend beglückwünscht einstimmig, schließt der Vorsitzende den Parteitag. Schluß 12 Uhr.

## Der Parteitag der USP.

Halle, 16. Oktober.

Angesichts der gestrigen Vorgänge ermahnt der Vorsitzende eindringlich, Ruhe zu bewahren. Darauf gibt Ledebour für die Rechte die Erklärung ab, daß sie den Wunsch habe, heute zu einer geordneten Verhandlung zu kommen. Sowjastin habe die Grenzen des Gastrechts bei weitem überschritten. (Stürmischer Widerspruch links. Zustimmung rechts.)

Dem tritt Adolf Hoffmann entgegen und stellt aus dem Protokoll fest, daß es gerade die Rechte war, die heftigste Zwischeneinsetzung gemacht habe. Dagegen merkt sich Dikmann, dem zunächst ein heftig einsetzender Tumult das Sprechen unmöglich macht. Nach längerem Bemühen gelingt es Adolf Hoffmann, seine Getreuen zur Ruhe zu bringen und Dikmann an n. n. verteidigt nochmals sein und seiner Freunde Verhalten. Er beruft sich u. a. auf einen Satz Solowstus, worin dieser sagt, daß die Gewerkschaften Instrumente der Bourgeoisie seien. Die deutschen Gewerkschaftler lassen sich das nicht mehr gefallen. Es kommt weiter zu stürmischen Szenen. Die Delegierten treten aufeinander zu und vergebens versuchen einzelne Führer, die Ruhe herzustellen. Henke ruft zu Crispian: Das mache ich nicht mehr mit!

## Jesus von Holthausen.

Roman von Wilhelm Pennemann.

22. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

So ward die Hochzeit auf den dritten kommenden Sonntag festgesetzt.

Die zweite Prüfung fand im Oktober statt. Da würden vorher bestimmt der Kreisinspektoren und höchstwahrscheinlich auch wohl der Schulrat seiner Klasse einen Besuch abstatten. Aber er hoffte, daß dieses Gewitter — denn das es nicht eitel Sonnenschein sein würde, konnte er nach allem, was vorgefallen war, bestimmt annehmen — erst nach seiner Hochzeit niedergehen würde.

Über es entlud sich schon acht Tage vor der kleinen Feier, zu der die Eltern und seine Braut schon alle Vorbereitungen trafen.

Unvermutet traten die beiden Herren in sein Klassenzimmer. Nach und langsam der Regierungsbeamte. Ein Amideer schickte die kalten schwarzen Augen, ein kurz geschmittener Schnäuzer und ein paar scharfe Faltten an den Mundseiten gaben dem Gesicht etwas Strenges und Herrliches. Der Kreisinspektoren schritt hinter ihm drein. Ein wohlgepflegter statlicher Vollbart verdeckte, was sein Gesicht meinte. Doch war er als streng orthodox bekannt.

Sie haben sich zur zweiten Prüfung gemeldet, hob der Schulrat an, dieserhalb, aber auch wegen anderer unsicherer Vorkommnisse, die uns zu Ohren gekommen sind, möchte ich den Stand Ihrer Klasse und Ihren Unterricht kennen lernen.

Und nun ließ er sich die Hauptbücher vorführen; alle Jahrgänge wurden gemustert. Er ließ den Lehrer gewähren. Der hatte nach anfänglicher Befangenheit bald seine Ruhe und Sicherheit wiedergewonnen. Und da hatte er auch die Kinder in seiner Hand. Er wachte ihre Aufmerksamkeit rege zu halten, sie gingen auf seine Fragen ein, sie antworteten gut.

Der Schulrat hatte sich mit verführten Armen an die Fensterbank gelehnt, sein Blick umspannte Lehrer und Schüler, er hörte aufmerksam zu und unterbrach auch nicht durch störende Fragen.

So blieb der Unterricht im Fluß. Und da der Lehrer den Schulrat einmal mit einem Blick streifte, meinte er, das Gesicht schau gar nicht mehr so kalt und herrlich aus.

Der Schulrat sah nach der Uhr. — Wir wollen eine kleine Pause einlegen lassen; lassen Sie die Kinder für zehn Minuten auf die Toiletten. Die unteren Klassen können wir wohl entlassen!

Als die Schüler draußen waren, wandte er sich an den Lehrer: Was ich bis jetzt hörte, hat mich durchaus befriedigt; aber die Bedenken gelten insbesondere Ihrem Religionsunterricht, und den habe ich drum bis zuletzt aufgespart. Ich hoffe gern, daß Sie auch da bestehen werden!

Er wandte sich dem Kreisinspektoren zu. Sie haben die ausgelegten Hefte durch; und dann griff der Schulrat in ein Aktenbündel, entfaltete es und legte es neben sich.

Die Kinder wurden wieder in die Klasse geführt. Der Schulrat ließ sich den Lehrbericht geben. — Ich bin begierig, wie Sie die Geburt Christi auf der Oberstufe behandelt haben. — Bitte!

Der Lehrer wußte, nun schmiedete er sein Schicksal; aber er war bis dahin treu geblieben, da wollte er auch in dieser Stunde der Versuchung nicht zum Verräter an seiner innersten Ueberzeugung werden! Er wollte auch fürder frei und hoch durch Gottes Sonne gehen und seinen Nacken nicht beugen vor dem Aberglauben offizieller Schul- und Staatsweisheit. Auch der alt-schwarzste Glaube hatte kein Recht, keine zur Lüge gewordenen Legenden zu doktrinären Wahrheiten zu kempfen. Und der Unglaube sollte nicht fürder Wahrheit und Glaube sein, weil die jüchthende Staatsmacht hinter ihr, und die lodende Staatsfüttertruppe vor ihr standen.

Das bedachte er, indes er die Geschichte erzählen ließ. Dann fuhr er fort: Wir wissen, daß die Aufzeichnungen der Evangelisten einige Jahrzehnte nach dem Tode Christi aus der Erinnerung und der Fülle der sich gebildeten Mären heraus niedergeschrieben sind. Wie stellen wir uns heute dazu?

Und die Kinder antworteten ihm auf seine Fragen Stückweis das folgende: Ueber die Geburt und Jugend des geschichtlichen Jesus wissen wir wenig Genaues. Nur Lukas bringt seine Kindheitsgeschichte. Es hatte sich wohl das Bedürfnis herausgestellt, seine Gotttheit beweiskräftiger zu gestalten und ihm den Makel der außerehelichen Geburt zu nehmen. Nun war es im Altertum vielfach Sitte, in solchen Fällen einen Gott als den Vater des Kindes zu bezeichnen. Dieses Mittel hat auch hier die Legende ergriffen. Die Geburt ist nach Belieben verlegt worden, weil der Volksglaube, der seinen Messias aus Davids Stamm erkannte, dies erforderte. Die Verkündigung des Engels an die Hirten ist eine fast wörtliche Uebereinstimmung mit der Ankündigung, die der römische Staat bei der Geburt des nachherigen Kaisers Augustus erließ. Bei vorurteilloser Prüfung müssen wir die Darstellung von der Geburt Christi den Wundergeschichten und Legenden anreihen, die die Dichtung in naiver Weise glaubte. Als Gottesbeweis Christi konstruieren zu müssen. Christus ist für was der Nazarener, der Sohn der Maria, den uns weder der

Evangelist mit seiner Wundergeschichte erhöhen, noch der Makel der außerehelichen Geburt erniedrigen kann.

Der Schulrat hatte schweigend in der Fensterlnische gestanden. Nun trat er vor, kurz, barsch.

Lassen Sie die Kinder abtreten!

Als das geschah, wandte er sich an den Lehrer; seine Brauen bildeten einen geraden, schwarzen Strich, sie lagen wie eine dräuende Wollenbank über den Wetterwinkeln seiner Augen. Und maßlose Empörung und Erbitterung über das Gehörte funkelten wie halschende Blitze in den dunklen Augen.

Was ich gehört habe, wandte er sich an den Lehrer, bestätigt die Mitteilung und Beschwerden privater Art, die gegen Ihren Unterricht laut geworden sind. Sie wissen doch selbst zur Genüge, daß Sie in ganz unverantwortlich freventlicher Weise mit den heiligen Wahrheiten der Evangelien umgesprungen sind.

Ich glaube, der lauter Wahrheit gebietet zu haben.

Was Sie Wahrheit nennen, ist Aberglaube, ist Satanismus! Und Ihre Jugend und mangelhafte wissenschaftliche Bildung ist durchaus nicht berufen, eine Lehre umzuwälzen, die die Weisheit und die Erkenntnis der Jahrhunderte bestätigt, wenn Sie schon den Mund der heiligen Apostel nicht gelten lassen wollen. Aber ich bin nicht gekommen, mich mit Ihnen in ein religiöses Zwiegespräch einzulassen; ich habe lediglich die wenig angenehme Pflicht, festzustellen, daß Sie größtenteils gegen die Pflichten verstoßen, die Ihnen Regierung und Christentum auferlegen und die strikte zu erfüllen, Ihnen in Ihrem provisorischen Amte zu treiben zur Pflicht gemacht worden ist!

Er nahm das schon bereitliegende Aktenstück zur Hand, fragte und notierte:

Sie leugnen die übernatürliche Geburt Christi und seine Gottesohnschaft? — Ich bitte, möglichst kurz zu antworten.

Ja!

Sie lehnen damit auch die Wunder ab?

Siefern sie als Eingriffe in das natürliche Weltgeschehen aufzufassen sind: Ja!

Und der Tod Christi?

Ist das tragische Ende eines Reformators, dessen weltheilförende Ideen an dem Unverstand der dumphen Menge zerstreuten; vielleicht auch der freiwillige Abschluß einer Lehre, die nur da durch Ewigkeitswerte erhielt.

Eine Erlösung der irdigen Menschheit durch den Opfertod Jesu verwerfen Sie demnach!

Das heidnische Sühnopfer ist eines Gottes unmöglich. Also man, auch kein Gott, kann mir meine Sünde nehmen. Habe ich gesündigt, so muß ich in mir selbst die Kraft finden, die mich säubert. Fortsetzung folgt.



Hierauf erhält das Wort Longuet, der hervorhebt, daß die Trennung des Proletariats nur zum Sieg der Bourgeoisie führt. Die Frage der dritten Internationale bedroht heute auch unsere Einheit. Wir haben aber nach wie vor den Wunsch, mit den Vertretern der ganzen Welt und auch mit den russischen Genossen zusammen in einer Internationale zu sein. Ich will mich der Kritik der russischen Methoden für Ihr Land enthalten. (Hört, hört! links.) Über wenn ich das sage, so füge ich hinzu, daß diese Methoden ungenügend und unannehmbar sind für die westeuropäischen Länder. (Beifall rechts.) Wir brauchen keine Internationale der Klassen, sondern eine Internationale der Völker. Darum sind auch die Bedingungen Russlands unannehmbar für England, Frankreich und, wie ich glaube, auch für Deutschland. (Gehört richtig! rechts.) Wenn heute die Anhänger der Bedingungen die Mehrheit haben, so sage ich: Es ist leicht für Euch, die Bedingungen anzunehmen, aber es wird unmöglich sein, sie durchzuführen. (Beifall rechts und vereinzelt links.) Unannehmbar ist für uns Angelegenheiten und wohl auch für alle europäischen Länder die von Russland gewollte Stellungnahme zu den Gewerkschaften. Ebenso muß ich mich wenden gegen die Art, wie sich die russischen Genossen gegen die Amsterdamer Internationale ausgesprochen haben. Wenn heute Rosolowski sagt, er hätte keine Bedingungen ausgearbeitet, dann muß ich ihm antworten, daß der Vorwurf der „Gehlen“ bezügl. die Resolution ist, den man dem Klassenbewußten Arbeiter machen kann. Und wenn die Russen sagen, sie wollen die Gewerkschaften zerstückeln, warum haben sie dann eine eigene kommunistische Gewerkschafts-Internationale gearbeitet? Wenn es gelungen ist, Dittmann an die Spitze der Metallarbeiter zu setzen, und wenn es Euch gelingt, auf die Spitze der Rechtssozialisten gute Unabhängige zu setzen, warum wollt Ihr denn die Gewerkschaften, diese Kasse des Proletariats im Kampf gegen die Bourgeoisie, zerstückeln? Wenn Ihr die Mehrheit habt, könnt Ihr auch gegen sie vorgehen. Dann braucht man nicht den ganzen Apparat zu zerstückeln. Nehner wendet sich dann sehr scharf gegen das Agrarprogramm der Bolschewisten, das er für die westeuropäischen Länder als veraltet und längst überholt bezeichnet. Gegen die Bauern können wir nie und nimmer eine Revolution machen, ohne dasselbe zu erleben wie in Ungarn und Bayern. Wir in Frankreich mit seiner reaktionären Bourgeoisie und dem irreführenden Militarismus der Welt müssen unter allen Umständen die Einheit des Proletariats erhalten. Für die Weltrevolution ist die ökonomische Bedingung. Aber wenn sich die Arbeiterschaft spaltet, dann beweist die Stunde der Revolution noch viel länger. Ich sage, alle Genossen, die nicht nur die Worte von Marx im Munde führen, sondern Gedanken im Kopf haben, müssen erkennen, daß es nicht möglich ist, überall die Revolution in der gleichen Weise durchzuführen wie in Russland. (Beifall rechts.) Dort konnte eine kleine Gruppe von ein paar hundert Leuten die Führung übernehmen, aber bei uns sind solche kleinen Gruppen nicht das Proletariat.

Marzoff betont in einer persönlichen Bemerkung gegenüber den Rednerinnen, daß keine Partei gegen die Bolschewisten gekämpft habe, daß es zuerst die Kommunisten waren, die gegen die Regierung der Menschewisten in kommunistischer Weise vorgegangen. Nehner wendet sich dann noch gegen eine Anzahl weiterer Bemerkungen von Rosolowski und stellt sie als unrichtig dar. Ferner richtet er weitere Anklagen gegen die bolschewistische Politik, die für Russland und die Arbeiterklasse verhängnisvoll sei. (Zuruf Rosolowski.)

Hierauf schließt sich eine Kontroverse zwischen Ledebour und Adolf Hoffmann. In der Hoffmann in persönlicher Weise Ledebour als ein „hysterisches Weib männlichen Geschlechts“ bezeichnet. Als Frau Toni Sender einen Satz, der aus der Rede Longuets angegriffen wurde, im genauen Wortlaut wiederholt, wozu der Satz eine größere Schärfe gegen die Bedingungen gewinnt, erörtern von der Galerie Hufe: „Kaus mit Longuet!“ (Scharf ist es ein seltsames Zeichen, daß man dem Enkel von Karl Marx aus einer marxistischen Versammlung einen solchen Zornmaß, ohne daß er gerügt wird.)

Nach einer langen Reihe persönlicher Bemerkungen wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet. Dabei betont der Referent, daß von einem vollständigen Bild keine Rede sein könne, da durch die verschiedenen Wahlverfahren ein einheitliches Bild nicht habe zustande kommen können. (Hört, hört!) Von 393 Mandaten wurden 36 angeweiht. Es sind die aus Hannover, Hamburg und Württemberg. Für die Rechte gibt Dr. Rosenfeld eine Erklärung ab, daß sie gegenüber dem Votum einer gemeinsamen Grundlage des Wahlverfahrens auch dem Parteitag eine rechtliche Grundlage abjura. Es kommt zu klärenden Besprechungen der Linken. Als dem Redner in schimpfender Weise „Rechtsanwaltschaft“ zugeufen wird, antwortet er: Dem Rechtsanwaltschaft laufen Sie doch nach! (Stürmische Heiterkeit.) Die Rechte bringt zum Ausdruck, daß sie gegen die Anerkennung der freien Mandatsstellung nicht und legt zur Erklärung „vor aller Welt“ feierlich die Rechtserklärung ab, die ein Demgegenüber spricht Roenen für die Linke der Erklärungs-Rollenfalls jede Wirksamkeit ab. Redner beantragt, sämtliche Wahlen für ungültig zu erklären und wirft der Rechten vor, daß sie die gleichen schmählichen Mittel anwendet, die die Rechtssozialisten ihrerzeit angewandt hätten. Redner ruft mit Betonung aus: Wir sind die U. S. P. D. (Protestrufe rechts. Lohender Beifall links.) Weiter erklärt Redner alle Beschlüsse dieses Parteitages für rechtsverbindlich und die Annahme und Ausführung sämtlicher Beschlüsse, die wir im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee hier machen, haben die volle Rechtsverbindlichkeit. (Stürmischer Protest rechts.)

Ein Antrag Adolf Hoffmann auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Referent der Mandatsprüfungskommission erklärt nochmals, daß die Wahlen kein genaues Bild ergeben haben. Hierbei kommt es zu klärenden Erörterungen. Als es zur Abstimmung gehen soll, scheiden sich die Geister in härtester Weise. Die Rechte verlangt, daß die ausgeschiedenen Mandate nicht mitstimmen dürfen, was die Linke nicht gelten lassen will. Der Zwischenfall geht auch durch das Bureau, wobei Frau die Auffassung der Linken und Dittmann die der Rechten vertritt. Die Linke muß sich aber durch die Mandatsprüfungskommission überzeugen lassen, daß sie unrecht hat. Als die von der Abstimmung ausgeschiedenen Vertreter die Rede ansprechen, doch mitzureden, ruft Adolf Hoffmann seinen Freunden zu: „Läßt sich doch, es langt ja!“ (Heiterkeit.)

Ein tragisches Schauspiel entwickelt sich dann, als die Abstimmung vorgenommen wird und man immer wieder zu keinem oder zu einem falschen Ergebnis kommt. Alle möglichen Abstimmungsarten werden versucht. Es dauert Stundenlang, bis das Resultat verstanden werden kann, das 224 gegen 156 Stimmen ergibt. Da aber nur 357 Vertreter anwesend waren, gibt es eine neue Abstimmung, die wiederum zu keinem Ergebnis führt. Das sieht sich bis weit in die Mittagspause hinein und erst bei Einführung der Nachmittags-sitzung wird das neue Resultat bekannt gegeben: 190 gegen 124. Damit sind sämtliche Mandate für gültig erklärt.

In der Nachmittags-sitzung kommt es zu einer lebhaften Gehörlosensdebatte. Als Diebitsch (rechts) seine Haltung verteidigen will, wird ihm auf Veranlassung der Linken das Wort entzogen, da keine Mitteilungen über die Reden einer persönlichen Bemerkung hinzuzufügen. Ein Vertreter der Rechten erhebt darauf noch Einspruch gegen die Vertilgung des Schwerechts an die Vertreter der Ablehnung der Bedingungen, da die Aboer in es verweigert keiner Anzahl seien, daß sie keine Vertreter beanspruchen könnten. Gegen eine vorläufige Entscheidung wendet sich Ledebour, da es gehörschwächerungsmäßig nicht möglich sei, über die Resolutionen abzustimmen, was aber Adolf Hoffmann bestreitet. Der zweite Vorsitzende, Dittmann, tritt den Ausführungen Ledebours bei, was zum Schluß auf der Linken hervorruft. Dittmann weist darauf hin, daß über die grundsätzlichen Fragen, wie die Agrarfrage, die

Frage des Terrors usw. nicht abgestimmt werden könnte, besonders angesichts des mangelnden Materials. Der Vorsitzende der Linken, Aonen, zieht darauf den Antrag Remmele zurück, unter der Feststellung, daß die Rechte sich drücke. (Stürmische Protestrufe rechts, lebhafter Beifall links.)

Es kommt zu einer längeren Debatte, die von einer Fülle von persönlichen Vorwürfen unterbrochen wird, wobei sich Crispin gegen die Behauptung Stäfers wendet, daß die Rechte grundsätzlich gegen die Thesen sei.

Darauf wird in die namentliche Abstimmung über die Resolutionen Ledebour und Stöcker eingetreten.

Die Abstimmung befreit das Lobesurteil der „einheitlichen“ U. S. P. D. mit dem erwarteten Sieg der Moskowiter. Die Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei sind mit 237 gegen 156 Stimmen angenommen; 2 Stimmten waren unguiltig.

Crispin gibt als bisheriger Vorsitzender der U. S. P. D. und im Auftrag des Exekutivkomitees folgende Erklärung ab: Ein Teil des Parteitag hat die 21 von der Dritten kommunistischen Internationale vorgeschlagenen Bedingungen angenommen. Damit ist sich dieser Teil verpflichtet, gemäß § 16 und § 17 der Aufnahmebedingungen in die auf Grund der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale bereits konstituierte KP-Delegation der Dritten Internationale einzutreten. Der Anschluß an eine andere Partei bedeutet aber nach dem Beschluß des Parteitages der U. S. P. D. von 1919, wonach kein Parteigenosse gleichzeitig einer anderen Partei angehören darf.

Die Diskussion geht in klärenden Tumulten über. Als es dem Redner gelingt, wieder zu Worte zu kommen, fährt er fort: Deshalb haben diese Mitglieder dem Interesse der U. S. P. D. wider gekündigt und den organisierten Zusammenhang mit der Partei verlassen, die auf dem Boden der Leipziger Beschlüsse bei der Ablehnung bleiben wollen. Die Versammlung hat mit Ausnahme der Resolution Däumig-Stöcker aufgehört, Parteitag der U. S. P. D. zu sein.

Damit löst ein ungeheurer Tumult ein. Alle Delegierten bringen auf. Die Linke heult und macht höhnische Zwischenrufe. Crispin erwidert immer wieder, zu Worte zu kommen und fordert schließlich die Mitglieder der U. S. P. D. auf, den Saal zu verlassen und als einziger richtiger Parteitag der Unabhängigen Partei sich in einer anderen Sitzungsaal zu begeben.

Mit einem Hauch auf die Unabhängige Partei verläßt die Rechte den Saal. Die Linke antwortet unter klärendem Tumult, Schreien und mit Wutgeheul der Internationale.

Nach Sprengung des Parteitag erklärt der Versammlungsleiter Braß und der ehemalige zweite Vorsitzende der U. S. P. D. Däumig, daß diese Erklärung des rechten Flügels keine Geltung habe, sondern daß die Mehrheit dieses Parteitages nach wie vor der Parteitag der Unabhängigen Partei Deutschlands sei.

Däumig verliest darauf eine Erklärung Sinowjews, worin dieser zum Ausdruck bringt, daß das Exekutivkomitee von der U. S. P. D. nicht den Uebertritt zur U. S. P. D. fordert. (Beifall rechts.) Das Exekutivkomitee ist überzeugt, daß durch das Weggehen der Opposition die U. S. P. D. eine einheitliche kommunistische Bruderpartei mit der R. P. D. und allen wahren revolutionären Parteien bilden wird. (Blausender Beifall.) Hierauf ergeht Sinowjew persönlich das Wort und gibt seiner Befriedigung Ausdruck, daß die Agenten des Bürgerkriegs dahin gegangen seien, wo sie hingehören, nämlich zum Bürgerkrieg, und begrüßt die neue kommunistische Bruderpartei, die er auffordert, einen Vertreter in das Exekutivkomitee zu entsenden. Des weiteren mitgeteilte Abstimmungsergebnis zeigt, daß die Parteimitglieder des Anstresses an die Dritte Internationale noch einige Delegierte auf ihre Seite hinübergezogen haben.

Der Parteitag der Linken gibt sich sofort einen neuen Vorstand und wählt in das Exekutivkomitee als Vorsitzende Däumig und Adolf Hoffmann. Als Sekretäre Stöcker, Aonen, Hufe, Potsdam, Maria Brauntal, als Beisitzer: Eichhorn, Meyer, Richard Müller, Martha Arense. In den Beirat werden gewählt: Braß, Remmele-Stuttgart, Delsner-Halle, Herzfeld-Berlin, Dittmann-Hamburg, Noos und Bayer-Nürnberg. In die Kontrollkommission werden neben drei anderen gewählt: Geyer-Jenice, Doublet, Reich und Reichard.

Ein Vertreter der norwegischen kommunistischen Partei überreicht dem neuen Gröbe und begrüßt das neue Mitglied der Dritten Internationale. Der Vorsitzende der kommunistischen Jugendorganisation in der Schweiz schließt sich diesen Worten an.

Die Rechte hat inzwischen sofort eine eigene Fraktions-sitzung einberufen und hat für Sonntag vormittag 8 1/2 Uhr den Parteitag der U. S. P. D. in das Restaurant Zoologischer Garten einberufen. Beide Gruppen werden als Parteitage der U. S. P. D. noch einige Zeit zusammenbleiben.

### Die Scheidung der Geister in Halle.

#### Schluß der Parteitages.

Am Sonntag vormittag beenden beide Richtungen der U. S. P. D. ihre Tagungen. Die Linke verhandelte im „Volkspar“ unter Vorsitz des Abgeordneten Braß. Man beschloß eine Proklamation an alle deutschen Arbeiter. Hierauf wurde ausgeführt, daß durch das Ausscheiden des rechten Flügels nun die Bahn frei sei für den Zusammenschluß einer einzigen kommunistischen Partei. Dieser Zusammenschluß könne unmittelbar bevor. Es geht, erht erst den Kampf aufzunehmen gegen den Klassenfeind des Proletariats, den Kapitalismus. Es gebe nur einen Ausweg, die sozialistische Revolution. Ein zweiter Aufruf richtet sich an die Minderheit in der U. S. P. D. Der linke Flügel sei die allein rechtmäßige Partei. Die Rechte habe am Proletariat schimmer gelündigt, als die Eiert und Scheidemann und die Spaltung gewollt. Sie gehöre nicht mehr zur Partei.

In seiner Schlussansprache erklärte Däumig, daß die U. S. P. D. in ihrer jetzigen Form aufrechterhalten werde, bis ein neuer Parteitag die Einigung mit den Kommunisten bringe. Man solle sofort mit der R. P. D. einen gemeinsamen Aktionsausschuss errichten.

Die Minderheit tagte im Zoologischen Garten und wurde von Dittmann geleitet, der erklärte, daß diejenigen Mitglieder, die für den Antrag Däumig-Stöcker gemessen seien, damit aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ausgetreten seien. Mit dem Verlust der Mitgliedschaft seien auch die Mitglieder im Exekutivkomitee ohne weiteres erloschen. Die Minderheit werde den richtigen Parteitag der U. S. P. D. fortsetzen. — Es wurde sodann über die Resolution Ledebour abgestimmt, die sich gegen die Moskauer Bedingungen wendet. Diese Resolution fand unter klärendem Beifall einstimmige Annahme. Hierauf sprach Frau Sender zur Gewerkschaftsfrage. Eine Resolution, die sich gegen die Zerstückelung der Gewerkschaften richtet, wurde angenommen. Crispin verlas und erklärte dann das Manifest der U. S. P. D. an das deutsche Proletariat und forderte den Parteitag auf, auf Grund dieser Grundlage den tatsächlichen Kampf um die wahre revolutionäre deutsche Arbeiterpartei aufzunehmen unter Ablehnung der Opportunisten von rechts und Linken von links. Auch dieses Manifest wurde einstimmig angenommen.

Areas, Kürbs, Lipinsky, Ludwig, Toni Sender, Simon. Kontrollkommission: Lore Agnes, Bod, Fuchs-Magdeburg, Kestner, Peine, Schwarz-Mannheim, Robert Bengels, Eith-Rel.

Frankfurt a. M., 18. Oktober. Die Frankfurter U. S. P. hängigen veröffentlichen einen Aufruf an ihre Parteigenossen gegen die Linke, der sie die Schuld daran geben, daß die U. S. P. D. zerfällt werde. Der Aufruf wendet sich in scharfster Weise gegen die bolschewistische Praxis.

### Reich und Ausland.

Ein sabotischer Mord. In drei verschiedenen Stellen der Prece wurden mehrere Leichenteile gefunden. Der Täter hatte die Leiche zerlegt und zerstückelt, daß eine Feststellung der Persönlichkeit der Toten fast unmöglich erschien. Aus den bisher aufgefundenen Leichenteilen war kaum zu bestimmen, ob es sich um eine männliche oder weibliche Person handelt. Nur kleine Merkmale an der Haut des Leibes, die der Gerichtsarzt als Schwangerschaftsnahe erkannte, wiesen daraufhin, daß es sich um ein Mädchen handelt. Der letzte Fund, bei dem auch eine abgetrennte Hand lag, brachte eine weitere sehr wertvolle Aufklärung. Die Tote ist eine 33 Jahre alte aus Dresden stammende Frida Schubert, die in der Friedenstraße in Berlin wohnte. Die Schubert, die in der Gegend des Schlesischen Bahnhofs Männerbekanntschaften zu machen suchte, war in ihren Kreisen wegen ihres dreifachen Auftretens und ihres schnoddrigen Mundwerts sehr bekannt. Es liegt zweifellos ein sabotischer Mord vor.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Konstanz verurteilte den Monteur Max Klinka aus Zell wegen zweifachen Mordes, begangen an den Geschwister Albertine und Johann Simon in Todmoos zu zehn Jahren Zuchthaus und zum Tode. Beide Mordtaten unternahm der Verurteilte, um sich Geldmittel zu verschaffen.

Die Erbschaft aus Amerika. Ein raffinierter Betrug ist von dem Ehepaar Reichling, das bisher in Wanne seinen Wohnsitz hatte, verübt worden. Frau Reichling hatte es verstanden, in der Öffentlichkeit die Nachricht zu verbreiten, daß sie die Erbin eines Millionenvermögens in Amerika geworden sei. Die Einzelheiten der Erbschaft mußte Frau Reichling so glaubhaft darzustellen, daß selbst ihr Ehemann den Erzählungen Glauben schenkte. So gelang es ihr, das Rittergut Markz in der Ufermark für vier Millionen Mark zu erwerben. Noch ehe die gerichtliche Aufklärung erfolgt war, hielt das Ehepaar seinen Einzug in das Herrschaftshaus, und es begann ein gründlicher Umbau. Gleichzeitig wurden Möbel und Dekorationsgegenstände für viele Hunderttausend Mark bestellt und Gespanne im Werte von 200 000 Mark in Auftrag gegeben. Als nun nach einiger Zeit der Vorfahre des Rittergutes und die Lieferanten auf Bezahlung drängten, stellte es sich heraus, daß das ganze bare Verfügen des Ehepaares nur 10 000 Mark ausmachte, die durch den Verkauf einer kleinen Gastwirtschaft erworben worden waren. Schließlich gelangte der Riesenbetrug zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft, die das Ehepaar Reichling in Neubrandenburg verhaften ließ. Zu den Leidtragenden dieser Betrüger gehören außer einem Rechtsanwalt, der für die Kaufvermittlung 80 000 Mark verauslagt hatte, noch zahlreiche Kaufleute und Händler.

Bluttrache in Sardinien. Wie „Giornale d'Italia“ melbet, fand in dem Städtchen Aguis bei Tempio eine seltsame Feier statt. Dort wurde die Verählung zweier Familien gefeiert, die seit Jahrzehnten durch Muttache getrennt waren und gegenseitig nicht weniger als fünfundsiebzig ihrer Angehörigen ermordet hatten. Es war nämlich vor fünfzehn Jahren ein Professor der Oberrealschule von Sassari, Sgr. Stangone aus unbekannten Gründen von einem Angehörigen der Familie Biele meuchlings erschossen worden, worauf sich zwischen den beiden Familien und anderen Verwandten die Feindschaft entspann. Alle Versuche der Behörden, eine Versöhnung zwischen den Familien zustande zu bringen, waren vergebens, bis dies endlich dem Bischof und dem Bräufekten gelang. Unter großer Volksbeteiligung versammelten sich die feindseligen Familien, hörten eine Messe an und umarmten sich unter Glockengeläut und Gesang und küßten dann das Kreuz. Ein Ledeam beschloß die Versöhnungsfeier, an der auch der neunzigjährige Vater des vor fünfzehn Jahren getöteten Professors teilnahm.

### Devisen-Kurse.

| Hamburg, 18. Oktober.                            |               |          |          |
|--|---------------|----------|----------|
| Amliche Devisennotierung an der Hamburger Börse. |               |          |          |
|  |               | 18. Okt. | 16. Okt. |
| Holland  | 100 fl.       | 2182 1/2 | 2187 1/2 |
| Kopenhagen                                       | 100 Kr.       | 980      | 982 1/2  |
| Stockholm  | 100 Kr.       | 1835     | 1887 1/2 |
| Kristiania                                       | 100 Kr.       | 977 1/2  | 987 1/2  |
| Helsingfors                                      | 100 Finn. Mk. | 180      | 187      |
| Schweiz  | 100 Frs.      | 1125     | 1127 1/2 |
| Wien (alt)                                       | 100 R.        | —        | —        |
| do. (neu)  | 100 R.        | 24 1/2   | 25       |
| Budapest   | 100 R.        | —        | —        |
| Brag   | 100 R.        | 83 1/2   | 84 1/2   |
| Spanien  | 100 Pesetas   | 1007 1/2 | 1012 1/2 |
| London   | 1 £           | 243      | 244 1/2  |
| Paris  | 100 Frs.      | 462      | 462      |
| Belgien  | 100 Frs.      | 495      | 489 1/2  |
| Italien  | 100 Lire      | 282      | —        |
| Bukarest   | 100 Lei       | —        | —        |
| N. York telegr. Ausz. 1 Doll.                    |               | 70 1/4   | 70 1/4   |
| do. briefl. Ausz. ob. Schec                      |               | 70 1/4   | 70 1/4   |

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

| Dampfer                    | Segler   | Schiffname  | Kapitän    | Herkunftsort | Fahrtzeit | Lage Stb. |
|----------------------------|----------|-------------|------------|--------------|-----------|-----------|
| Angekommen am 18. Oktober. |          |             |            |              |           |           |
| D.                         | Signal   | Folz        | Zulea      |              | 4 1/2     |           |
| D.                         | Ernst    | Long-Sirich | Ogelöfund  |              | 2         |           |
| S.                         | Malama   | Dölling     | Räpö       |              | 9         |           |
| S.                         | Sirius   | Jürgens     |            |              | 9         |           |
| Angekommen am 19. Oktober. |          |             |            |              |           |           |
| D.                         | Benetra  | Fantowshy   | Ogelöfund  |              | 2         |           |
| D.                         | Lärnan   | Gustafson   | Kopenhagen |              | 15        |           |
| D.                         | Thorwost | Petterson   | Ado        |              | 3         |           |

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Theateraufführungen des Arbeiterbildungsvereins.

Hiermit richte ich die Anfrage an den Vorstand des Arbeiterbildungsvereins, warum die letzte Aufführung im Stadttheater, „Lanzknecht“, nicht auch in den Zeitungen bekannt gemacht wurde, wie es bei den anderen Vorstellungen der Fall ist? Wir haben mehrfach beobachtet, daß nicht alle Plätze besetzt waren. Da zu der letzten Vorstellung keine Bekanntmachung erschien, nehme ich volle Befragung an. Es könnte aber auch die Frage aufstehen, ob die Opern nur für Freunde und gute Bekannte da sind, Schau- oder Lustspiele aber für die Allgemeinheit. Freunde der guten Sache legen Wert darauf, daß sämtliche Vorstellungen öffentlich bekannt gegeben werden, widrigenfalls kann man auch auf die anderen Stücke verzichten.

Wiedere Interessenten.